

Der 1. August 1944 ist zugleich ein unauslöschliches Symbol für den Freiheitswillen des polnischen Volkes, für seinen Kampf um menschliche Würde und nationale Selbstbehauptung. Er ist zum Sinnbild für das kämpfende Polen geworden, das sich nie mit Demütigung, Rechtlosigkeit und drohender Vernichtung abgefunden hat.

Es erfüllt uns Deutsche mit Scham, daß der Name unseres Landes und Volkes auf ewig mit dem Schmerz und dem Leid verknüpft sein wird, die Polen millionenfach zugefügt wurden.

Wir trauern um die Toten des Warschauer Aufstandes und um alle Menschen, die durch den Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren.

Wir beklagen das Schicksal des polnischen Volkes, das nach dem Warschauer Aufstand noch einmal die Leiden der Niederlage zu erdulden hatte und dann noch volle vier Jahrzehnte um seine Freiheit und Würde kämpfte.

Aber wir wissen auch: Das Martyrium des polnischen Volkes nahm nicht erst am 1. August 1944, sondern am 1. September 1939 seinen Anfang. Kein Land hatte im Zweiten Weltkrieg vergleichbar hohe Opfer zu beklagen wie Polen. Millionen seiner Bürger kamen ums Leben, in den Schützengräben, im Bombenhagel, in den Gaskammern und hier in den Straßen Warschaus. Wir beziehen sie alle in unser Gedenken ein und nehmen ihren Tod als Mahnung und Verpflichtung für die Zukunft zugleich. Diese Zukunft gilt es nunmehr gemeinsam und verantwortlich zu gestalten.

Im Laufe der letzten 40 Jahre hat die europäische Geschichte eine dramatische Wendung genommen. Die Völker haben begonnen, sich in einem vereinten Europa zusammenzuschließen. Niemand braucht auf seine nationale Identität zu verzichten, niemand auf seine Kultur und seine Geschichte. Verzichten müssen wir nur auf Feindschaft und Haß und auf einen kleinen Teil unseres nationalen Egoismus. Westlich des Eisernen Vorhangs hat diese neue Idee Wunder gewirkt.

Heute steht dieser Weg auch dem polnischen Volk offen, das doch stets zu Europa gehört hat und das die Europäer 40 Jahre lang schmerzlich vermißt haben. In diesem Rahmen werden sich Polen und Deutsche die Hand reichen können, so wie es zwischen Franzosen und Deutschen längst Wirklichkeit geworden ist.

Deutschland jedenfalls wird die Bemühungen Polens um Aufnahme in die Europäische Union und die NATO allezeit unterstützen, nachdrücklich und aus den besten Motiven. Wir können nichts Besseres für unsere Kinder und Enkel tun.

Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.

Wir schulden Dank

Erklärung der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi vom 20. August 1994 zum Abzug der letzten russischen Soldaten aus Deutschland

(Wortlaut)

Am 31. August verlassen die letzten Soldaten der ehemaligen Roten Armee deutsches Staatsgebiet. Fast fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus geht damit in Deutschland die Nachkriegszeit endgültig zu Ende. Der friedliche

Abzug der russischen Soldaten aus der ehemaligen DDR macht noch einmal den epochalen Wandel deutlich, der seit 1989 das Gesicht Europas verändert hat. Als unmittelbare Nutznießer dieser Entwicklung haben Deutsche allen Anlaß, die politische Bedeutung dieses Datums zu würdigen. Die sowjetischen Streitkräfte kamen als Sieger und haben mit ihrer Anwesenheit jahrzehntelang die Teilung Deutschlands und Europas besiegelt. Ihre Soldaten verlassen Deutschland als Partner und Freunde. Jetzt müssen Rußland und Deutschland lernen, ihr großes gesellschaftliches Potential und ihre politischen Möglichkeiten in den Dienst einer dauerhaften und zukunftsfähigen Friedensordnung zu stellen.

Seit der Kapitulation im Jahr 1945 war die Rote Armee im Osten Deutschlands als Besatzungsmacht allgegenwärtig. Da die DDR ihre Existenz ausschließlich der Anwesenheit der sowjetischen Truppen verdankte, blieb das Verhältnis der ostdeutschen Bevölkerung zu den im Land stationierten russischen Soldaten stets gestört und durch gegenseitige Abgrenzung bestimmt. Es war praktisch nicht möglich, zu den Soldaten, Offizieren und ihren Familien persönliche Kontakte zu unterhalten. Der obligatorische Russisch-Unterricht an allen DDR-Schulen hat die allgemeine Sprachlosigkeit zwischen Deutschen und Russen nicht durchbrochen, weil es keine Ebenen offener Kommunikation gab. Freundschaft zur Sowjetunion war politisch-ideologisch verordnet und konnte deshalb nicht wirklich gelebt werden. 45 Jahre staatlich propagierte „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ müssen im Rückblick als eine Geschichte verpaßter Gelegenheiten abgebuht werden.

In den alten Bundesländern wurde die Rote Armee als Inbegriff totalitärer Macht und als Repräsentantin eines „gottlosen Bolschewismus“ gefürchtet und dämonisiert. In der DDR-Bevölkerung war das Wort „die Freunde“ Ausdruck einer weit verbreiteten Geringschätzung der Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht. In beiden Gesellschaften wurde verdrängt, daß die Völker der Sowjetunion im Kampf gegen Hitlers Wehrmacht die meisten Opfer zu beklagen hatten. Die Rote Armee hinterläßt allein in Ostdeutschland die Gräber und Denkmäler von 600 000 Gefallenen. Ihnen kommt gemeinsam mit den zahllosen Gefallenen der Alliierten das geschichtliche Verdienst zu, für die Befreiung der Deutschen vom Faschismus das Leben hingegeben zu haben. Die Befreiung vom nationalsozialistischen Terror wurde in der DDR von der Erfahrung neuer Unfreiheit und politischer Repression nachhaltig überlagert. Die Ambivalenz von Befreiung und Unterdrückung gehört zur tragischen Hinterlassenschaft einer fast fünfzigjährigen Besatzungszeit. Die jetzt eingetretene Normalisierung des Verhältnisses zu den ehemals sowjetischen Streitkräften ist die glückliche Konsequenz der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Politik, nicht aber das Ergebnis einer bewußten und gewollten Annäherung zwischen Russen und Deutschen in der ehemaligen DDR.

Mit der Verabschiedung der letzten russischen Soldaten wird in diesen Tagen eine systematisch angelegte Rückführungsaktion für insgesamt 340 000 Soldaten, Offiziere und ihre Angehörigen beendet. Über 3000 Kasernen und Grundstücke wurden zurückgegeben. Die zivile Nach-Nutzung dieser Einrichtungen stellt auf Jahre hin ein Konversionsproblem eigener Art dar. Die damit verbundenen Belastungen, vor allem mit Blick auf die ökologischen Schäden, stehen jedoch in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der entstanden wäre, wenn die sowjetischen Verbände in den kritischen Wendetagen des Herbstes 1989 militärisch eingegriffen hätten. Durch ihr Stillhalten wurde politische Weitsicht offenbart und auf diese Weise beigegeben, eine politische und menschliche Katastrophe zu vermeiden. Dieses Verhalten war Ausdruck einer Konversion des Denkens, die beispielhaft für die Rolle militärischer Gewalt in innerstaatlichen Konflikten werden muß. Die Rote Armee selbst hat ihr Verhältnis zu den Deutschen in den letzten Wochen vor dem Fall der Mauer auf eine neue Grundlage gestellt. Für alles das schulden wir Dank, ein Dank, der sich nicht allein in Form finanzieller Hilfe zum Bau von Wohnungen für die zurückkehrenden Soldaten erschöpfen darf, sondern nachhaltige Hilfe für die Menschen in den GUS-Staaten verlangt, die in ihren Nöten heute unserer Solidarität bedürfen.

Das Ende der sowjetischen Militärpräsenz in Deutschland wird von den Bürgern und Bürgerinnen in den alten und in den neuen Bundesländern höchst unterschiedlich wahrgenommen, so

daß von einer gemeinsam empfundenen Bedeutung dieses Ereignisses kaum gesprochen werden kann. Gerade deshalb ist der Versuch, die verschiedenartigen deutsch-deutschen Erfahrungen im Umgang mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion aufzuarbeiten, für die Gestaltung der künftigen Beziehungen zu Rußland und den anderen GUS-Staaten unverzichtbar. Für Deutsche und Russen gleichermaßen gibt es keine Alternative zu der Aufgabe, gemeinsam neue Fundamente des Friedens in Europa zu legen. Das Gelingen dieser Aufgabe hängt in hohem Maße davon ab, ob sich Deutsche und Russen künftig mit Achtung, gegenseitigem Verständnis und Freundschaft begegnen werden.

Bad Vilbel, am 20. August 1994

Dr. Hermann Josef Spital, Bischof von Trier, Präsident

Karlheinz Koppe, Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands

Joachim Garstecki, Generalsekretär

Blätter für deutsche und internationale Politik

Eine Insel der Vernunft.

Karl Barth